

KÜNSTLER IN DER KULTURARBEIT GEGEN ETATKÜRZUNGEN

Zunehmende Aufrüstung, finanziell-militärisches Engagement im Ausland und krisenhafte Wirtschaftsentwicklung führen in der Bundesrepublik und Berlin (West) zu einschneidenden Mittelkürzungen besonders im Bildungs- und Kulturbereich.

Wir wehren uns mit Entrüstung gegen diese Zerstörung des gesellschaftlichen kulturellen Lebens. In Nordrhein-Westfalen z.B. wird der Kulturetat um 20% reduziert, wobei die Zuschüsse für Denkmalpflege gänzlich gestrichen werden sollen.

In Rheinland-Pfalz wird der Kulturetat um 11 Mio DM gekürzt. In Berlin (West) sollen u.a. die Mittel für nichtplanmäßige Stellen um 10%, alle Sachmittel um 30% und die Investitionsmittel um 50% gekürzt werden.

Innovationen im Bereich der Kulturarbeit werden behindert.

Das bedeutet eine drastische Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten breiter Bevölkerungskreise auf allen Gebieten der Bildung und Kultur.

Die Kursgebühren an den Volkshochschulen wurden erhöht, in Berlin (West) fast verdoppelt.

Konsequenz:

- Reduzierung des bestehenden Kursangebotes
- keine neuen, auch experimentellen Kurse und Projekte.

Diese Maßnahmen treffen in erster Linie sozial schwächer gestellte Bevölkerungsgruppen.

Für die sozialpädagogische Betreuung von Strafgefangenen der Justizvollzugsanstalt Berlin-Plötzensee (einschl. der Kulturarbeit) wurden über 100.000 DM gestrichen.

Für die Künstler bedeuten die Kürzungsmaßnahmen, daß vor allem Initiativen wie Stadtteilarbeit, Stadtteilstage, Kinder- und Jugendkulturarbeit, Museumspädagogik, Kulturarbeit mit Behinderten und Drogenabhängigen, Kulturarbeit mit Ausländern und eine kulturelle Entwicklung in ländlichen Gebieten ernsthaft gefährdet sind.

Wir protestieren gegen die verfehlte Politik, durch Erhöhung der Militärausgaben und durch Militarisierung gesellschaftliche Probleme lösen zu wollen.

Wir protestieren gegen die bildungs- und kulturfeindliche Politik, die durch die Mittelkürzungen praktiziert wird.

Wir protestieren gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Zerstörung der Arbeitsmöglichkeiten in allen kulturellen und sozio-kulturellen Bereichen.

Wir protestieren dagegen, daß Bildungs- und Kulturaufgaben in den privatwirtschaftlichen Bereich abgedrängt werden.

Wir fordern eine aktive Friedenspolitik, den Abbau der Militärausgaben im Haushalt der Bundesregierung und die Verwendung freiwerdender Mittel für die Bildungs-, Sozial- und Kulturbereiche in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir fordern die Rücknahme aller verfügt und geplanten Kürzungen. Wir fordern eine zielstrebige und kontinuierliche Erweiterung der Bildungs- und Kulturangebote und der Initiativen zur Verwirklichung echter Chancengleichheit aller.

Wir fordern alle Betroffenen auf, sich zu solidarisieren, sich aktiv für die Rücknahme der Beschlüsse einzusetzen und für die Erhaltung und Verbesserung der Kultur- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.